

Beitrag von Religionslosen und Anhängern nichtchristlicher Religionen beim notwendigen Bemühen um gemeinsame gesellschaftliche Grundwerte. Als Christ sei er aber der Überzeugung, daß der christliche Glaube und die christliche Tradition mit ihrer tiefen Verwurzelung in der englischen Kultur „ungemein wichtige Hilfen und Leitlinien“ zur Bewältigung der moralischen Krise bereitstellen.

Das Oberhaupt der Anglikaner erteilte mit seinen Ausführungen über Moral und christliche Tradition Kritik aus den eigenen Reihen. *David Edwards*, früherer Propst von Southwark, hielt Carey in einem Offenen Brief (*Church Times*, 19.7.96) vor, er gehe zu selbstverständlich von der spezifisch christlichen Verbindung von Gottesglauben und Ethos aus und trage damit der religiös-weltanschauli-

chen Wirklichkeit in Großbritannien nicht genügend Rechnung. Edwards sprach von Unklarheiten über die Rolle einer „established church“ in einer weitgehend nichtchristlichen Gesellschaft. Die Kirche müsse in der Moralverkündigung ihr eigenes Haus in Ordnung bringen; das sei wichtiger als allgemeine Ermahnungen in der Diskussion über das gesellschaftliche Wohl. U. R.

Labilität und Stagnation

#335 Unsichere Perspektiven nach dem Machtwechsel in Israel

Die Wahlen am 29. Mai 1996 haben in Israel zu einem von vielen Beobachtern nicht erwarteten Machtwechsel geführt. Bemerkenswerte Gewichtsverlagerungen zwischen den politischen Lagern haben hierzu beigetragen. Der Nahost-Friedensprozeß ist seither einer schweren Belastungsprobe unterworfen.

Auch nach seiner Amtsübernahme hat der neue israelische Ministerpräsident, der Likud-Vorsitzende *Benjamin („Bibi“) Netanjahu*, mehrfach in öffentlichen Stellungnahmen erklärt, daß er das Prinzip „Land für Frieden“ als Basis für eine umfassende Friedensregelung im Nahen Osten ablehnt. Israel werde unter seiner Führung nach Ablauf der Interimsperiode keiner Gründung eines Palästinenserstaates im Westjordanland und im Gazastreifen zustimmen. Eine Kompromißlösung in der Jerusalemfrage, die nicht die alleinige Souveränität Israels über die gesamte Heilige Stadt gewährleisten würde, werde es nicht geben.

Wie reagieren die Palästinenser auf den verstärkten Siedlungsausbau?

Die Verhandlungsatmosphäre zwischen Israel und den Palästinensern wird zusätzlich durch die Weigerung Israels, seine Truppen – wie vorgesehen – aus Hebron abzuziehen, belastet. Dieser Rückzug war bereits im israelisch-palästinensischen Interimabkommen („Oslo II“), das am 28. September 1995 von *Jitzhak Rabin* und *Jassir Arafat* in Washington unterzeichnet wurde, fest vereinbart worden. Laut Zeitplan sollte der Rückzug bis zum März dieses Jahres erfolgen. Nach den Terroranschlägen Ende Februar/Anfang März wurde der Rückzug aber von Peres – mit nachträglicher Zustimmung Arafats – ausgesetzt. Netanjahu fordert jetzt Nachverhandlungen, da seiner Meinung nach die vereinbarten Sicherheitsabmachungen nicht ausreichend sind. Die Palästinenser ihrerseits lehnen jedoch Nachverhandlungen

ab. Sie stehen auf dem Standpunkt, alle Details und – nicht zuletzt – der genaue Rückzugszeitpunkt seien bereits fest mit der Regierung Rabin-Peres vereinbart worden.

Am schwersten wurden die israelisch-palästinensischen Gespräche durch den Beschluß der israelischen Regierung belastet, den *Siedlungsausbau im Westjordanland und im Gazastreifen* wieder aufzunehmen. Hinzu kommen noch weitere Bauvorhaben, wie z. B. die Anbindung der israelischen Siedlungen an das israelische Kernland durch den Neubau weiterer Schnell- und Umgehungsstraßen. Insbesondere von dem neuen Infrastrukturminister, dem Likud-Hardliner *Ariel Scharon*, werden diese Projekte forciert. Die Palästinenser befürchten, daß damit eine weitere Enteignung palästinensischen Grundbesitzes verbunden ist. Doch selbst wenn man die Bauvorhaben ausschließlich auf Staatsland ausführte, würden dadurch neue Fakten geschaffen, die die Gründung eines unabhängigen Staates Palästina auf einem zusammenhängenden Territorium weiter erschweren, wenn nicht sogar unmöglich machen.

Die israelische Regierung hat bisher erst den Ausbau bestehender Siedlungen beschlossen bzw. die staatlichen Fördermittel hierfür in vollem Umfang wieder freigegeben. Schon unter Rabin und Peres konnte die Bautätigkeit in den bestehenden Siedlungen – insbesondere im Großraum Jerusalem – nahezu ungehindert fortgesetzt werden.

Wichtiger für den Fortgang des Friedensprozesses und ein geeigneterer Test für die Kompromißwilligkeit Netanjahus wäre es, wenn in anderen Teilbereichen Fortschritte erzielt werden könnten. Wichtigster Punkt ist sicherlich der weitere *Rückzug der israelischen Armee*. Im Oslo II-Abkommen

wurde vereinbart, daß sich die israelische Armee in drei Teiltrückzügen auch aus der Zone C des Westjordanlandes zurückziehen werde. Die erste Phase sollte bis zum 7. September dieses Jahres abgeschlossen sein. Die beiden weiteren Phasen sollten dann bis zum 7. März und 7. September 1997 erfolgen. Mit diesen Teiltrückzügen wäre eine weitere Kompetenzübertragung in den betreffenden Gebieten an die palästinensische Autonomiebehörde verbunden, die u. a. auch Mitverfügungsrechte über die Boden- und Wassernutzung beinhalten würde. Tatsächlich würden diese Rückzüge bedeuten, daß die palästinensische Autonomiebehörde statt über einen „Fleckenteppich“ über ein zusammenhängendes Territorium herrschen könnte. Derzeit bestehen kaum Aussichten darauf, daß die Verhandlungen termingerecht abgeschlossen, geschweige denn umgesetzt werden.

Ein weiterer wichtiger Punkt, der bereits im Gaza-Jericho-Abkommen vom Mai 1994 vereinbart, aber nicht verwirklicht wurde, betrifft die *Einrichtung gesicherter Transitwege zwischen dem Westjordanland und dem Gazastreifen*. Im Oslo II-Abkommen wurde dies nochmals bekräftigt. Gesprochen wird jetzt u. a. von der Errichtung einer elektrischen Hochbahn zwischen dem südlichen Ende des Westjordanlandes und dem nördlichen Ende des Gazastreifens. Auch die finanzielle und technische Beteiligung Deutschlands wurde Sprache gebracht. Ebenfalls wurde der Vorschlag gemacht, eine Autobahn zu bauen, die die gesamte Strecke auf Brückenpfeilern überspannen solle. In dem Abkommen selbst werden jedoch normale Straßenverbindungen anvisiert. Für die Palästinenser sind diese Transitstrecken von erheblicher praktischer Bedeutung, können sie doch zur Zeit nicht oder nur mit Sondergenehmigungen und nach Passieren zahlreicher Kontrollpunkte vom Gazastreifen ins Westjordanland bzw. umgekehrt fahren.

Ein letzter Punkt, der ebenfalls vereinbart, aber noch nicht vollständig umgesetzt ist, betrifft die weitere *Freilassung palästinensischer Häftlinge aus israelischen Gefängnissen*. Neben allen politischen und wirtschaftlichen Fragen steht für die palästinensische Bevölkerung gerade dieser Punkt im Vordergrund. Mehrfach wurden in den vergangenen Monaten Kampagnen von den Inhaftierten selbst bzw. von ihren Angehörigen unternommen, um auf Israel mehr Druck in dieser Frage auszuüben. Israelischerseits wird argumentiert, bei den verbliebenen Gefangenen handele es sich in der Regel um Palästinenser, die „Blut an ihren Händen“ hätten, d. h. an Mord- und Terroranschlägen direkt beteiligt waren. Außerdem seien viele Anhänger der islamistischen Oppositionsgruppen darunter, die sich weigerten, Gewaltverzichts-erklärungen zu unterschreiben.

Doch nicht nur die Verhandlungen zwischen Israelis und Palästinensern stagnieren, auch die *israelisch-syrischen Verhandlungen* treten auf der Stelle. Die offiziellen israelisch-syrischen Gespräche wurden bereits im März – nach den blutigen Terroranschlägen – von Peres ausgesetzt. Allerdings waren sie schon zuvor zum Stillstand gekommen. Dies war u. a. ein Grund dafür, warum Peres im Februar beschloß, die israelischen Wahlen auf den Mai vorzuziehen. Er war zu

dem Schluß gekommen, daß bis zum ursprünglichen Wahltermin Oktober–November keine Einigung mit den Syrern zu erreichen sein würde.

Nach den Wahlen weigerten sich die Syrer, die Verhandlungen wieder aufzunehmen, da Netanjahu öffentlich erklärt hatte, auch im Falle eines umfassenden Friedensschlusses mit Syrien sei er nicht bereit, die Golanhöhen wieder vollständig an Syrien zurückzugeben. Statt dessen schlug er den Syrern vor, über gemeinsame Sicherheitsfragen zu sprechen. U. a. brachte er die Idee ins Spiel, mit Syrien über „Libanon zuerst“ zu verhandeln. Die Syrer sollten sich verpflichten, den Aktivitäten der dort agierenden Freischärler, insbesondere der schiitischen Hizbullah-Miliz, Einhalt zu gebieten. Nur so könne ein Minimum an Vertrauen zwischen Syrien und Israel geschaffen werden. Syrien lehnte diesen Vorschlag umgehend ab. Es befürchtet, dadurch ein wichtiges Druckmittel gegen Israel aus der Hand zu geben, ohne hierfür in der Golanfrage Fortschritte zu erzielen.

Ohne konkrete Ergebnisse blieben die Antrittsbesuche Netanjahus bei dem ägyptischen Präsidenten *Mubarak* und dem jordanischen König *Hussein*. Zwar äußerte sich Netanjahu bei diesen Anlässen moderater und versuchte die strittigen Themen in seinen öffentlichen Auftritten und Pressekonferenzen möglichst nicht anzusprechen, doch in der Sache kam es zu keiner Annäherung. Selbst König Hussein, der sich von allen arabischen Staatsführern bislang noch am verständnisvollsten über Netanjahu und die israelische Regierung geäußert hatte, beklagte die ausbleibende Friedensdividende für Jordanien auf wirtschaftlichem Gebiet.

Ein Wendepunkt im Fortgang des Nahost-Friedensprozesses

Die allgemeine Besorgnis der arabischen Staaten über die Verhärtung der israelischen Position wird auch an der *hektischen Reisetätigkeit* auf höchster Ebene sichtbar. Nur drei Wochen nach Netanjahus Wahlsieg trafen sich alle arabischen Staaten – mit Ausnahme des nicht eingeladenen Iraks – zur ersten arabischen Gipfelkonferenz nach der Kuwait-Krise und dem zweiten Golfkrieg. Auf dieser Gipfelkonferenz forderten die arabischen Staaten Israel auf, die geschlossenen Abkommen und Vereinbarungen einzuhalten und die Verhandlungen mit den Palästinensern, Syrern und Libanesen auf der Grundlage des Prinzips „Land für Frieden“ wieder aufzunehmen. Indirekt drohten sie damit, sonst die bereits eingeleiteten Normalisierungsschritte zu Israel wieder einzufrieren oder ganz abzubrechen.

Auch nach dem Gipfeltreffen setzte sich die rege Reisetätigkeit der arabischen Politiker fort. Deutlich wird hieran die *große Nervosität der arabischen Machthaber*. Viele befürchten, von einer Stagnation des Nahost-Friedensprozesses könnte eine neuerliche Destabilisierung der gesamten Region ausgehen. Die meisten arabischen Regierungen haben sich inzwischen für den Friedensprozeß und die Anerken-

nung Israels ausgesprochen. Bei einem unnachgiebigen israelischen Verhalten könnten sie daher innenpolitisch sowie im Verhältnis zu den radikaleren arabischen Staaten in erhebliche Schwierigkeiten kommen. Sie müßten sich dann den Vorwurf gefallen lassen, alle Friedensbemühungen und Zugeständnisse hätten keine Fortschritte für die Palästinenser und die arabische Welt insgesamt gebracht. Gerade islamistische Oppositionsgruppierungen könnten dadurch einen neuen Aufschwung erfahren.

Internationaler Druck auf Israel ist bislang ausgeblieben. Die USA, denen im Nahen Osten die wichtigste Vermittlerrolle zufällt, befinden sich im Präsidentschaftswahlkampf. Um seine Wiederwahl nicht zu gefährden, wird *Bill Clinton* jeden offenen Konflikt mit Israel möglichst vermeiden. Wie das Treffen Clintons mit Netanjahu zeigte, gibt es zwar deutliche Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Grundlagen und des weiteren Fortgangs der Nahost-Verhandlungen. Doch letztlich gab sich der US-Präsident mit allgemein gehaltenen Zusicherungen Netanjahus zufrieden, den Friedensprozeß fortsetzen zu wollen. Die *Europäische Union* tritt bislang nicht als ein eigenständiger Akteur im israelisch-arabischen Konflikt auf. Diplomatische Aktivitäten überläßt sie in diesem Feld derzeit ihren Mitgliedsstaaten.

Möglichen internationalen Pressionen kann Netanjahu mit dem Hinweis begegnen, daß gerade die strittigen Punkte – Gründung eines palästinensischen Staates und die Jerusalemfrage – Teil der Verhandlungen über den endgültigen Status („permanent status negotiations“) der besetzten Gebiete sind. Formal müssen diese Verhandlungen erst 1999 abgeschlossen werden. Mit anderen Worten: Grundlegende Entscheidungen müssen derzeit noch nicht getroffen werden. Für die israelisch-syrischen und die israelisch-libanesischen Verhandlungen gibt es nicht einmal einen fest vereinbarten Endtermin.

Der bereits am Zustandekommen der israelisch-palästinensischen Prinzipienklärung beteiligte israelische Nahostexperte *Yair Hirschfeld* erklärte nach den Wahlen, in den Monaten zuvor habe man in Geheimverhandlungen mit der PLO weitreichende Übereinstimmungen hinsichtlich einer endgültigen Lösung erzielt. Bedenkt man, daß vor dem Aussetzen der israelisch-syrischen Verhandlungen Rabin und Peres dem Prinzip eines Rückzugs von den Golanhöhen bereits zugestimmt hatten, so wird deutlich, daß der Wahlausgang in Israel tatsächlich einen Wendepunkt im Fortgang des Nahost-Friedensprozesses darstellt. Welche Faktoren haben also den Wahlsieg Netanjahus ermöglicht?

Am 29. Mai 1996 stimmte Israel erstmals auf der Basis eines neuen Wahlsystems ab. Erstmals wurde der Ministerpräsident direkt vom Volk gewählt, während die Knesset, das israelische Parlament, weiterhin gemäß dem herkömmlichen Proportionalwahlrecht (einschließlich einer 1,5-Prozenthürde) bestimmt wurde. Die erforderlichen Grundgesetz- und Wahlrechtsänderungen wurden bereits 1992 beschlossen.

Mit dem Amtsinhaber Schimon Peres und dem Oppositions-

führer Benjamin Netanjahu bewarben sich nur zwei Kandidaten um das Amt des Ministerpräsidenten. Damit war von vornherein klar, daß es zu keiner Stichwahl kommen würde, da bereits im ersten Wahlgang einer der Kandidaten die erforderliche absolute Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen auf sich vereinigen würde.

Subtile Meinungsänderungen entschieden die Ministerpräsidentenwahl

Der Ministerpräsidentenwahlkampf wurde von der *Friedens- und Sicherheitsproblematik* beherrscht. Beide Kandidaten bemühten sich darum, Wechselwähler auf ihre Seite zu ziehen. Daher kam es zu einer Art spiegelbildlicher Umkehrung der Argumentation der beiden Kandidaten. Peres versuchte deutlich zu machen, daß auch unter ihm sicherheitspolitische Aspekte nicht vernachlässigt werden würden. Die israelische Militäraktion „Früchte des Zorns“ im Libanon diene nicht zuletzt dazu, zu zeigen, daß auch Peres sicherheitspolitisch „hart“ sein könne. Netanjahu seinerseits versuchte während des Wahlkampfes Befürchtungen zu zerstreuen, unter ihm könnten die erzielten Fortschritte im Friedensprozeß wieder rückgängig gemacht werden.

Wie das Ergebnis der Ministerpräsidentenwahl zeigt, kam offensichtlich die Argumentation Netanjahus einer, wenn auch äußerst knappen, Mehrheit der israelischen Wähler entgegen. Mit einem hauchdünnen Vorsprung von genau 29457 bzw. exakt 1,0 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen lag schließlich nach Auszählung aller Stimmen Netanjahu vor Schimon Peres.

Entschieden wurde die Ministerpräsidentenwahl durch das Zusammenwirken subtiler Meinungsänderungen hinsichtlich des Friedensprozesses innerhalb der israelisch-jüdischen Bevölkerungsmehrheit und dem Vorhandensein traditioneller Parteibindungen. Die 1993 begonnenen Direktverhandlungen mit der PLO hatten die israelische Gesellschaft zunehmend gespalten. Unterstützte die israelisch-arabische Bevölkerung nahezu einmütig die Verhandlungen, waren die Ansichten innerhalb der israelisch-jüdischen Mehrheit geteilt. Die Spaltung wurde besonders sichtbar, als das Oslo II-Abkommen von der Knesset gebilligt wurde. Nur mit der denkbar knappsten Mehrheit von einer Stimme gelang es Rabin, die Zustimmung der Knesset zu dem Abkommen zu erhalten.

Während der Knessetdebatte und in den Wochen danach kam es zu Massenprotesten gegen die Rabin-Regierung. In nationalen und religiösen Kreisen, vor allem bei den israelischen Siedlern in der West Bank, wurden Vorschläge erörtert, wie das Vorhaben der Regierung, die Armee aus Teilen der West Bank abziehen, noch verhindert werden könnte. Aktionen „zivilen Ungehorsams“ wie auch militantere Protestformen wurden erwogen und teilweise auch praktiziert. In dieser aufgeladenen Atmosphäre wurde am 4. November 1995 Jitzhak Rabin von einem jüdischen, natio-

nalreligiösen Extremisten erschossen. Das Attentat bewirkte einen schlagartigen Umschwung in der israelischen öffentlichen Meinung.

Sprach sich vor dem Attentat nur eine knappe absolute Mehrheit der israelisch-jüdischen Bevölkerung überhaupt für Verhandlungen mit der PLO aus und sogar weniger als 50 Prozent für das Oslo II-Abkommen (vgl. den „Friedens“- und „Osloindex“ des *Tami Steinmetz Center for Peace Research* an der Universität Tel Aviv), so schnellten nun die Zustimmungswerte in die Höhe. Der emotionale Schock des Rabin-Attentats ließ aber in den darauffolgenden Wochen wieder deutlich nach. Bereits vor den blutigen Selbstmordanschlägen palästinensisch-islamistischer Gruppen waren die Zustimmungswerte wieder fast auf das Niveau vor dem Rabin-Mord abgesunken. Allerdings billigte jetzt eine deutliche Mehrheit die Kontakte mit der PLO und eine knappe Mehrheit das Oslo II-Abkommen. Zusammen mit der Unterstützung durch die israelisch-arabische Bevölkerung hätte dies vermutlich ausgereicht, um Peres erneut zum Ministerpräsidenten Israels werden zu lassen, wäre es nicht zu der Attentatswelle Ende Februar/Anfang März gekommen.

Entgegen der oft gehörten Meinung bewirkten diese Anschläge keinen weiteren Einbruch in den Zustimmungswerten mehr. Im Gegenteil: Im Laufe des Wahlkampfes stiegen die Zustimmungswerte nochmals merklich an. Entscheidend war aber, daß sich nach den Anschlägen in weiten Kreisen der israelischen Öffentlichkeit – auch bei vielen Anhängern des Friedensprozesses – die Stimmung verbreitete, *der Verhandlungsprozeß müsse verlangsamt und die Sicherheitslage zunächst stabilisiert werden*. Zusätzlich wurden potentielle Wechselwähler, die zwischen Netanjahu und Peres schwankten, durch Indiskretionen in der israelischen Presse verunsichert, die andeuteten, daß im Falle eines Peres-Wahlsieges mit weiteren – aus israelischer Sicht substantiellen – Zugeständnissen an die Palästinenser zu rechnen sei. Peres versuchte darauf noch zu reagieren, indem er versprach, eventuelle Verhandlungsergebnisse einem Referendum zu unterwerfen.

Diesem *weit verbreiteten Unsicherheitsgefühl* kam Netanjahu mit einem geschickten Positionswechsel entgegen. Hatte er bis zum Wahlkampf die Verhandlungen mit der PLO und dem „Terroristen“ Arafat abgelehnt und das Oslo II-Abkommen in Bausch und Bogen verurteilt, erklärte er sich nun bereit, im Falle eines Wahlsieges, die aus dem Oslo II-Abkommen erwachsenen Verpflichtungen im Sinne eines „*pacta sunt servanda*“ einzuhalten. Direkte Gesprächskontakte zu Arafat schloß er prinzipiell nicht mehr aus. Seine Akzeptanz der Friedensverhandlungen und der daraus resultierenden Abkommen war auch ein wichtiger Grund für den Anstieg der vom Tami Steinmetz Center gemessenen Zustimmungswerte. Gleichzeitig betonte Netanjahu immer wieder, daß beim Fortgang der Verhandlungen israelische Sicherheitsinteressen stärker betont werden müßten.

Daß er sich bei seinen Wahlkampfauftritten gegen das Prinzip „Land für Frieden“, gegen den Rückzug vom Golan so-

wie gegen die Gründung eines eigenständigen palästinensischen Staates aussprach, war demgegenüber für israelische Wechselwähler nur zweitrangig. Handelte es sich doch um *altbekannte Likudforderungen*, die zudem in weiten Kreisen der israelischen Öffentlichkeit weiterhin großen Anklang fanden. Entscheidend war vielmehr, daß Netanjahu versprach, das in den Verhandlungen Erreichte nicht mehr in Frage zu stellen, sondern beizubehalten und lediglich langsamer fortzuführen. Mit diesem Positionswechsel wurde die Ministerpräsidentenwahl nicht mehr zu einem Quasi-Referendum über das „Ob“, sondern über das „Wie“ des Friedensprozesses. Gerade für zahlreiche Anhänger des Likuds bzw. anderer nationaler oder religiöser Parteien, die für das Oslo II-Abkommen waren – nach Erkenntnissen des Tami Steinmetz Center immerhin fast 20 Prozent –, war dieser Positionswechsel von erheblicher Bedeutung. Konnten sie doch daraufhin getreu ihrer traditionellen Parteibindungen erneut eine Stimmabgabe zugunsten Netanjahus erwägen.

Bemerkenswerte Gewichtsverlagerungen zwischen den politischen Lagern

Daß vielen Israelis die Wahl zwischen Netanjahu und Peres äußerst schwerfiel, zeigt die außergewöhnlich hohe Zahl von *149 000 ungültigen Stimmen*. Mit 4,8 Prozent war ihr Anteil bei der Premierministerwahl mehr als doppelt so hoch wie bei der Knessetwahl. Zumeist handelte es sich um nicht ausgefüllte Stimmzettel, die von den Wählern in einer Geste bewußter Wahlenthaltung in die Wahlurnen eingeworfen wurden. Besonders hoch war diese Art der Stimmenthaltung mit acht Prozent bei der israelisch-arabischen Bevölkerung. Hier zeigte sich offenkundig die Verärgerung über die israelische Militäraktion „Früchte des Zorns“ im Südlibanon. Diese Stimmen gingen eindeutig Schimon Peres verloren. Entgegen ersten Meldungen reicht aber ihre absolute Höhe – rund 20 000 – nicht aus, um allein hiermit Peres' Wahlniederlage bzw. den Wahlsieg Netanjahus zu erklären. Die meisten ungültigen Stimmen – 85 Prozent – wurden von jüdischen Wählern abgegeben. Einiges spricht dafür, daß darunter überproportional viele Anhänger der nationalen und religiösen Parteien waren, die aufgrund ihrer friedenspolitischen Ansichten nicht für Netanjahu stimmen wollten.

Die *Direktwahl* verleiht dem israelischen Premierminister ein gestiegenes politisches Prestige. Auch verfassungsrechtlich wurde seine Position durch Änderungen der entsprechenden Grundgesetze leicht gestärkt. Dennoch verfügt der israelische Ministerpräsident nicht über die Machtstellung eines französischen oder amerikanischen Präsidenten. Weiterhin muß er seine Regierung der Knesset vorstellen und ist von deren Vertrauensvotum abhängig. Die Knessetwahlen haben deshalb kaum von ihrer Bedeutung für die Koalitionsbildung verloren.

Die Mai-Wahlen führten zu einigen *bemerkenswerten Gewichtsverlagerungen zwischen den vier politischen Lagern*, in

Das Taschenbuch mit Linie



**Band 4484, DM 12,80
öS 95,- / SFr 12.80**

Eine große Kennerin erschließt die Welt der Mystik. Die faszinierende Zusammenschau.



**Band 4424, DM 16,80
öS 125,- / SFr 16.80**

Das Lebens-Buch eines spirituellen Meisters: Erfahrungen, die eine neue Wahrnehmung und Haltung wachsen lassen.



**Band 4483, DM 15,80
öS 117,- / SFr 15.80**

Die große Psychologin zeigt, wo Bedingungen und Möglichkeiten liegen, Beziehungen von Anfang an zu pflegen und zu verbessern.



**Band 4492, DM 14,80
öS 110,- / SFr 14.80**

In der Übung der Achtsamkeit liegt der Weg zum Wesentlichen, zur Welt unseres eigenen Lebens. Die schönsten Texte.



**Band 4488, DM 12,80
öS 95,- / SFr 12.80**

Bewegend autobiographisch. „Ein Buch, dem meines Erachtens kein anderes an die Seite gestellt werden kann“ (F. Mauriac).

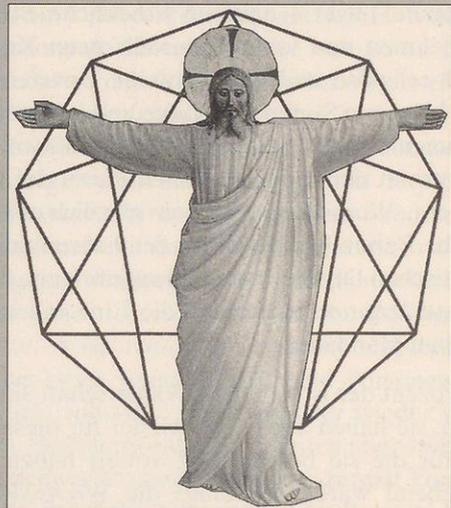


**Band 4459, DM 12,80
öS 95,- / SFr 12.80**

Kurze Meditationen über die bedingungslose, reine Liebe, die auch loslassen kann und zu der jeder fähig ist.

Das aktuelle Taschenbuch-Gesamverzeichnis erhalten Sie kostenlos bei: Verlag Herder, Frau Thomann, 79080 Freiburg

Das Jesus-Enneagramm Wege zum Selbst



Robert J. Nogosek

NEU Das Jesus-
Enneagramm

HERDER

144 Seiten, Paperback, DM 24,80

öS 181,- /sFr 24,-

ISBN 3-451-23697-4

Der Grundgedanke dieses Buches ist ebenso einfach wie verblüffend: Wenn Jesus der vollkommene Mensch war, dann sollte es möglich sein, alle Typen des Enneagramms als Typen des Menschlichen in seiner Person zu entdecken.

Wer sich also mit seinem eigenen Enneagramm-Typ beschäftigt, der findet in Jesus eine Leitfigur, die seine Gaben besonders verkörpert und zugleich Wege erschließt, wie man kreativ und erlösend mit den Zwanghaftigkeiten des je eigenen Typs umgehen kann. Meditationsanregungen und Impulsfragen am Ende jedes Kapitels helfen zu einem tieferen Verständnis der Anregungen des Autors und machen dieses Werk auch besonders geeignet für die Arbeit in Gruppen.

In jeder Buchhandlung!

HERDER

HERDER / SPEKTRUM neu

die sich herkömmlicherweise die Vielzahl israelischer Parteien einteilen läßt. Die beiden großen, sich antagonistisch gegenüberstehenden Lager – das von der Arbeitspartei angeführte links-säkulare und das vom Likud dominierte rechts-nationale Lager – mußten erhebliche Stimmeneinbußen hinnehmen und verloren jeweils neun Knessetsitze. Das jüdisch-religiöse und das arabische Parteienlager verzeichneten hingegen Stimmengewinne und konnten die Zahl ihrer Parlamentsabgeordneten deutlich erhöhen. Darüber hinaus betrat mit der neugegründeten Partei der russischen Einwanderer („*Yisrael Ba'Aliya*“) ein gänzlich neuer Akteur die politische Bühne Israels. Unter der Führung des ehemaligen sowjetischen Dissidenten und langjährigen „Prisoner of Zion“, *Natan Scharanski*, gewann die Einwandererliste auf Anhieb sieben Mandate.

Rund 80 Prozent der israelischen Wählerschaft sind Stammwähler, d. h. sie haben auch 1996 wieder für dieselbe Partei gestimmt, für die sie bereits 1992 votiert haben. Politisch ausschlaggebend waren allerdings die *Wechselwähler*. Im Gegensatz zur Ministerpräsidentenwahl wurde ihr Wahlverhalten bei der Knessetwahl weniger durch die „großen“ Themen Frieden und Sicherheit als vielmehr durch ökonomische und taktische Wahlmotive beeinflusst. Folgende Wählerwanderungen waren entscheidend:

Verlust der Sperrmajorität für das linke und das arabische Lager

Die quantitativ größte und politisch bedeutendste wurde von dem veränderten Wahlverhalten der Einwanderer aus dem Gebiet der früheren Sowjetunion ausgelöst – in Israel vereinfachend als „*russische*“ *Einwanderer* bezeichnet. Mit über 500 000 Wahlberechtigten machten sie mehr als zehn Prozent der israelischen Wahlbevölkerung aus. Nahezu die Hälfte von ihnen stimmte diesmal für Scharanskis Einwandererpartei. In erster Linie gingen diese Stimmengewinne zu Lasten der Arbeitspartei und von Meretz. Beide zusammen konnten 1992 fast 60 Prozent der russischen Stimmen auf sich vereinigen; 1996 erreichten sie kaum noch 30 Prozent. Wie 1992 handelte es sich auch 1996 bei dem russischen Stimmverhalten um eine ausgesprochene Protestwahl. Zahlreiche Einwanderer sind nach wie vor mit ihrer sozio-ökonomischen Situation äußerst unzufrieden. Zwar hat sich ihre Wohn- und Arbeitsplatzsituation in den vergangenen vier Jahren merklich verbessert, doch die meisten von ihnen haben den angestrebten Aufstieg und Anschluß an die bessergestellten israelischen Mittelklassen bislang nicht geschafft. Für ihre Misere machten sie sowohl 1992 als auch 1996 vor allem die führende Regierungspartei verantwortlich und strafte sie per Stimmzettel. 1992 traf dieses Protestverhalten den Likud mit dem damaligen Ministerpräsidenten Schamir, 1996 hingegen die Arbeitspartei unter Schimon Peres.

Das religiöse Parteienlager wurde durch zwei verschiedene Wählerströme gestärkt. Zum einen setzte die *strengreligiöse*,

sephardisch-orientalische Schas-Partei ihren Aufstieg in der Wählergunst fort. Wie schon bei den vorausgegangenen drei Knessetwahlen verstand sie es, sozial benachteiligte, sephardisch-orientalische Wähler aus israelischen Klein- und Mittelstädten sowie aus der Peripherie der Agglomerationen Tel Aviv, Haifa und Jerusalem erfolgreich an sich zu binden. In erster Linie handelt es sich um – religiös eher „traditionell“ als streng orthodox ausgerichtete ehemalige Likud-Wähler, die von ihrer früheren Partei vergeblich einen nennenswerten sozialen und ökonomischen Aufstieg erhofft hatten. Inzwischen haben sie das weitgefächerte Netz an sozialen Dienstleistungen schätzen gelernt, das die Schas-Partei seit Mitte der 80er Jahre nach und nach aufgebaut hat.

Der zweite Wählerstrom, der das religiöse Lager stärkte, kam der *Nationalreligiösen Partei* (NRP) zugute. Hier handelt es sich vor allem um modern-orthodoxe, der Siedlerbewegung nahestehende Wähler, die in den letzten Wahlen für den Likud oder die gemischt säkular-religiöse Siedlerpartei *Techiya* gestimmt hatten. Nach der Wahlniederlage vor vier Jahren und internen Querelen hat sich die *Techiya*-Partei inzwischen aufgelöst. Die meisten religiösen Anhänger sind daraufhin wieder zur NRP zurückgekehrt. Aber auch vom Likud konnte die NRP Stimmen zurückgewinnen.

Auch das kleinste der israelischen Parteienlager, das *arabische*, ging aus dem diesjährigen Wahlgang gestärkt hervor. Mehrere Faktoren spielten dabei eine Rolle: So erhöhte sich die Wahlbeteiligung der israelischen Araber merklich von 70 auf 77 Prozent. Neben einer Mobilisierung aufgrund der Friedensproblematik spielte dabei sicherlich der Zusammenschluß mehrerer arabischer Parteien zu zwei großen Listenverbindungen eine Rolle, die das arabische Wählerpotential nahezu optimal ausschöpfen konnten. Zum einen vereinigte sich die von der Kommunistischen Partei Israels – wählermäßig de facto eine arabische Partei – dominierte *Chadasch-Liste* mit dem nicht-kommunistischen, aber ebenfalls links-säkular ausgerichteten *Nationaldemokratischen Bund* (NDB). Der NDB-Mitbegründer, *Azmi Bischara*, ein in Nazareth lebender, aber an der palästinensischen Birzeit-Universität unterrichtender Philosophie-Professor, ist der einzige christliche Abgeordnete in der neuen Knesset. Zum anderen schloß sich die Arabisch-demokratische Partei mit Teilen der Islamischen Bewegung in Israel zur *Vereinigten Arabischen Liste* (VAL) zusammen. Die VAL kämpft zwar ebenfalls, wie Chadasch-NDB – für die sozio-ökonomische Gleichstellung der arabischen Bevölkerung in Israel, spricht aber eher den im Lebensstil konservativ-religiösen Teil der arabischen Bevölkerung an.

Nicht zuletzt speiste sich der Stimmenanstieg des arabischen Parteienlagers aus einem Stimmenpool, der außerhalb von Israel eher unbekannt ist. Gemeint sind diejenigen arabischen Wähler, die – aus welchen Gründen auch immer – bei früheren Wahlen für den Likud und andere nationale oder jüdisch-religiöse Parteien gestimmt haben. 1992 erreichte die arabische Stimmabgabe für diese Parteien mit rund 19 Prozent eine Rekordhöhe. Bei den diesjährigen Mai-Wahlen waren es nur noch fünf bis sechs Prozent. Offensichtlich

wurde die lange andauernde, völlige Ablehnung des Friedensprozesses durch den Likud und die kleineren rechten bzw. religiösen Parteien durch ihre Wählerklientel in der israelisch-arabischen Bevölkerung in keiner Weise geschätzt. Per Saldo war das machtpolitisch entscheidende Ergebnis der Knessetwahl der *Verlust der Sperrmajorität von 61 Sitzen*, über die das linke zusammen mit dem arabischen Lager in der letzten Knesset verfügte. In den vergangenen vier Jahren war daher eine Regierungsbildung gegen den Willen der Arbeitspartei politisch nicht möglich. Der strategische Verlust fällt sogar noch deutlicher aus, wenn bedacht wird: Die Mandatszahlen des linken Lagers für 1996 enthalten auch vier Knessetsitze, die auf den „*Dritten Weg*“ entfallen sind. Hierbei handelt es sich um die Partei sicherheitspolitischer Falken, die sich im Streit über die Golanfrage während des vergangenen Jahres von der Arbeitspartei abgespalten haben. Nach relativ problemlosen Koalitionsverhandlungen ist die Partei der Regierung Netanjahu beigetreten.

Aufgrund der neuen Mehrheitsverhältnisse gelang Netanjahu eine der *schnellsten Regierungsbildungen* in der israelischen Parlamentsgeschichte. Die Hoffnungen, die mit den Grundgesetzänderungen verbunden waren, haben sich insoweit erfüllt. Allerdings hielten sich gerade die religiösen Parteien mit ihren religionspolitischen Forderungen stärker zurück, als es z. B. 1988 bei einer ähnlichen Ausgangslage der Fall war. Wichtiger war für sie der Zugriff auf bestimmte Ministerien und den damit verbundenen Budgetmitteln, die für ihre Wählerklientel von erheblicher ökonomischer Bedeutung sind.

Langfristig bedenklich ist die *zunehmende Amalgamierung des religiösen und des nationalen Lagers*. Der Besitz des Westjordanlandes wird den nicht nur, wie bisher, von den säkularen Nationalisten und den modern-orthodoxen Nationalreligiösen ideologisch überhöht, sondern zunehmend auch von den strengreligiösen („charedischen“) Gruppierungen, die historisch an diesen Fragen eher desinteressiert waren. Die zuneh-

mende ideologische Nähe des nationalen und des strengreligiösen Lagers zeigte sich schon während der Amtszeit Rabins.

Die Labilität im Nahen Osten hat jedenfalls aufgrund des israelischen Wahlausgangs wieder zugenommen. Langfristige Prognosen sind daher kaum möglich. Am wahrscheinlichsten ist die formale Fortsetzung der Nahost-Verhandlungen, ohne daß aber in der Sache wesentliche Fortschritte erzielt werden. Nicht auszuschließen ist aber auch, daß es zu einer *erneuten Eskalation* kommt. Zum einen könnte es in den Palästinensergebieten zu einer sozialen Explosion, einer zweiten „Intifada“, kommen. Die sozio-ökonomische Lage in der West Bank und im Gazastreifen ist nach wie vor miserabel. Aufgrund der langen Abriegelung der Gebiete hat sie sich sogar weiter verschärft. Netanjahu kündigte zwar an, daß er die Absperrung der Autonomiegebiete lockern möchte und einen freien Waren- und Personenverkehr im „Land Israel“ wünscht. Angesichts der wieder wachsenden politischen Hoffnungslosigkeit könnten aber leichte Verbesserungen nicht mehr ausreichen bzw. zu spät kommen. Zum Auslöser für mögliche palästinensische Proteste könnten die von der israelischen Regierung geplanten Bauvorhaben in den besetzten Gebieten werden.

Zum anderen könnten versprengte Hamas-Aktivisten oder Hizbullah-Kämpfer erneut *spektakuläre Anschläge* gegen zivile Ziele in Israel oder israelische Soldaten im Südlibanon verüben. Da ein besonderer Schwerpunkt in Netanjahus Wahlkampf sein Versprechen war, „Frieden mit Sicherheit“ zu schaffen, könnten erfolgreiche Terroranschläge den israelischen Regierungschef unter massiven Handlungsdruck setzen. Israelische Gegenschläge und Vergeltungsmaßnahmen könnten dann, wie im vergangenen April im Südlibanon, eskalieren. Der Wiedereinmarsch israelischer Truppen oder israelische Kommandounternehmen in den palästinensischen Autonomiegebieten würden aber den Nahost-Friedensprozess völlig zum Erliegen bringen.

Aribert Ziegler

„Der Einheit Gestalt geben“

#335 Ein Gespräch mit Konrad Raiser, dem Generalsekretär des ÖRK

Bei seiner Achten Vollversammlung 1998 in Harare wird der Ökumenische Rat der Kirchen zugleich sein 50jähriges Jubiläum begehen. In Vorbereitung darauf hat sich der Rat in einen umfassenden Reflexionsprozeß über sein Selbstverständnis und die spezifische Aufgabe des ÖRK innerhalb der ökumenischen Bewegung begeben. Darüber sprachen wir mit ÖRK-Generalsekretär Konrad Raiser. Die Fragen stellte Alexander Foitzik.

HK: Herr Dr. Raiser, der Ökumenische Rat der Kirchen befindet sich mitten in den Vorbereitungen auf seine Achte Vollversammlung, mit der er zugleich sein 50jähriges Jubiläum begehen wird. Welches sind die markantesten Veränderungen, vergleicht man den ÖRK in der Gründungsphase mit seiner heutigen Gestalt?

Raiser: Der Ökumenische Rat ist von 147 Kirchen gegründet worden, die in ihrer überwältigenden Mehrzahl aus Europa und Nordamerika kamen. Unter den Gründungsmitgliedern überwogen mit großer Mehrheit die protestantischen Kirchen, nur wenige orthodoxe Kirchen befanden sich darunter. Besonders waren es fast ausschließlich historische Kirchen, also